Kommentar

Neuanfang wagen

Dieter Oberhollenzer zur VG-Krise



doberhollenzer@vrm.de

In der Verbandsgemeinde Bodenheim herrscht Stillstand. Es gelingt im Rat noch nicht einmal, die bereits vor über einem Jahr grundsätzlich beschlossene Umwandlung der Regionalen Schule Nackenheim in ein Gymnasium professionell in eine Schulträger-Vereinbarung mit dem Kreis zu gießen. Alle fünf im Rat vertretenen Parteien sehen in Reinhold Stumpf den Hauptverantwortlichen.

Der parteilose Bürgermeister ist seit der Affäre um viel zu hohe Kassenkredit-Zinsen politisch angeschlagen. Auch nach seiner langen krankheitsbedingten Abwesenheit ist es ihm nicht gelungen, die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat auf eine neue Grundlage zu stellen. Im Gegenteil: Alle Versuche, sich Unterstützung im Rat zu sichern, sind kläglich gescheitert. Die Verwirrung und Missverständnisse auslösenden Gespräche des Bürgermeisters mit den Parteien haben die Gräben sogar noch vertieft. Verärgerung und Ratlosigkeit machen sich breit.

Was ist zu tun? Entweder arrangieren sich die Gemeinderatsmitglieder mit der mehr als unbefriedigenden Situation und beschränken sich bis 2010 auf das absolut Notwendige oder sie beschäftigen sich offensiv mit dem hinter verschlossenen Türen schon oft erwogenen Bürgermeister-Abwahlverfahren. Für die Bürger der Verbandsgemeinde wäre ein Neuanfang die beste Lösung.

Prügel für Stumpf von allen Seiten

Schul-Debatte im VG-Rat gerät zur Generalabrechnung mit Bürgermeister / FDP für Abwahl

VG BODENHEIM Im Verbandsgemeinderat hat sich der Dauerkonflikt zwischen den Parteien und dem Bürgermeister verschärft. Rudolf Dorbert (FDP) kündigte gegenüber der AZ eine weitere Initiative zur Abwahl des parteilosen Reinhold Stumpf an.

Von Dieter Oberhollenzer

„Er kann es nicht, er sitzt alles aus. Neuwahlen sind der einzige Ausweg", stellte Ratsmitglied Rudolf Dorbert (FDP) dem Bürgermeister nach der Sitzung des Verbandsgemeinderates die Note „mangelhaft" aus. Gleichzeitig kündigte er an, nach Gesprächen mit den anderen Parteien einen weiteren parlamentarischen Vorstoß für die Einleitung eines Abwahlverfahrens unternehmen zu wollen. „Niemand möchte in der Öffentlichkeit als Königsmörder dastehen, aber so kann es in der VG nicht weitergehen", sagte Rudolf Dorbert dieser Zeitung.

Der Streit entzündete sich erneut, als es in der Sondersitzung des Rates um die Umwandlung der Regionalschule Nackenheim in ein Gymnasium ging. Dabei soll der Übergang der Schulträgerschaft von der VG auf den Kreis vertraglich geregelt werden. Und in diesem Vertragswerk gibt es aus Sicht des Rates noch offene Fragen im Zusammenhang mit der Nutzung, den Lernmitteln und dem vom Kreis angebotenen Entschuldungsbeitrag in Höhe von 2,5 Millionen Euro.

Nach einem heftigen Schlagabtausch wurde zwar ein einstimmiger Grundsatzbeschluss gefasst, die Trägerschaft an den Kreis zu übertragen, Einzelheiten sollen allerdings erst in einer Sitzung des Haupt- und Finanzausschusssitzung geklärt und in den Vertrag eingearbeitet werden.

Die Fraktionen hatten vom Bürgermeister nach der Sitzung im September und dem inzwischen stattgefundenen Elternabend umfassende Informationen über den Schulträgerwechsel erwartet. „Es gibt noch Gesprächsbedarf", erklärte Reinhold Stumpf lapidar. Wegen der Herbstferien sei es nicht möglich gewesen, das Thema im Ausschuss vorzuberaten. Der Bürgermeister warf dem Rat schließlich vor, den Grundsatzbeschluss im Mai 2006, die Regionalschule aufzugeben, „sehr schnell gefasst und viele Fragen nicht gestellt zu haben". Er habe damals für die Einrichtung einer IGS plädiert.

Über „mangelhafte Sitzungsvorbereitung" beklagte sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Matthias Schäfer: „Wesentliche Beratungsunterlagen werden nicht rechtzeitig vorgelegt." Die von Stumpf im Rat am 27. September mündlich vorgetragenen Ergebnisse eines Gesprächs mit dem Landrat seien nur teilweise in der schriftlichen Vereinbarung wiederzufinden.

„Ein Bürgermeister muss über Detailfragen Bescheid wissen und sich nicht erst erkundigen, wenn die Fragen im Rat oder im Ausschuss auftauchen. Das ist ein Jammerspiel", wetterte die SPD-Fraktionsvorsitzende Marianne Grosse. Der FWG-Fraktionsvorsitzende Dr. Willi Kiesewetter erklärte: „Zu wenig Informationen, die dann auch noch zu spät kommen." Die Kritik von Christina Göth, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, lautete: „Wir geben eine gut funktionierende Schule auf und haben nichts in der Hand. Die Zeit drängt, denn die ersten Schüler gehen schon 2008 nach Oppenheim."

Der Fachbereichsleiter Gebäudemanagement im Kreis, Hans-Peter Haas, konnte schließlich noch einige CDU-Fragen beantworten. „Die Regionalschule kann ihre Lehr- und Lernmittel uneingeschränkt mit nach Oppenheim nehmen", sagte er. Gymnasium und Grundschule müssten sich über die Nutzung der Sportanlagen abstimmen. Und: „Mit dem Entschuldungsbeitrag dürften die Verbindlichkeiten der VG abgegolten sein."

▶ Kommentar

Daten & Fakten

- Im Schuljahr 2008/2009 beginnt mit den fünften Klassen die Umwandlung der Regionalen Schule in Nackenheim in ein Gymnasium.
- Der komplette Umzug der Regionalschule nach Oppenheim ist für das Schuljahr 2010/2011 vorgesehen.
- Die neue Regionalschule in Oppenheim führt die Hauptschule Dolgesheim, die Regionalschule Nackenheim und die Hauptschule Oppenheim zusammen.